

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für die Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schlegel, Magdeburg. Geschäftsstelle: Latobstraße 49, Berolyscheer 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Berolyscheer 981. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Fracht) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und bei den Buchhändlern erteilt. — Einzelhefte 6 Pf. — Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inseratengebühr die sechsstellige Zeile 15 Pf. — Post-Bekanntmachung Nr. 7899

Nr. 78.

Magdeburg, Freitag, den 4. April 1902.

13. Jahrgang.

## Faule Ferien.

mp. Die parlamentarischen Ferien haben diesmal den politischen Geschäftsgang keineswegs zum Stillstand gebracht. Die großen Redeschlachten haben freilich aufgehört und die Zeitungen haben mehr freien Raum in ihren Spalten, aber abseits von der großen Öffentlichkeit wird das politische Spiel um so eifriger weiter getrieben.

In dem Kampf um die deutsche Zolltarifvorlage scheint sich eine entscheidende Wendung vorzubereiten. Daß die Agrarier, im Grunde genommen, bereit wären, mit der Regierung auf den Sägen der Tarifvorlage zu übereinkommen, läßt sich wohl, trotz der gegenteiligen Beteuerungen, mit ziemlicher Sicherheit annehmen, — die Frage ist nur, wie weit ihnen die Regierung im Endergebnis entgegenkommen kann. Es kommt dabei weniger auf die Bereitwilligkeit der Regierung, als auf die tatsächliche Möglichkeit, also die Stellungnahme der Vertragsstaaten an. Allen Anschein nach hat die Regierung diesen Widerstand von vorn herein unterschätzt.

Es ist dabei zweierlei zu berücksichtigen. Zunächst der fremde Widerstand gegen die deutschen Zölle. Da mag es nun richtig sein, daß gerade bei den Getreidezöllen dieser fremde Widerstand am meisten durch die Meistbegünstigung des Auslands bewirkt wird. Der große Getreidebedarf Deutschlands bewirkt es, daß der deutsche Getreidepreis immer um den Betrag des Zolles über dem Weltmarktpreis steht. Wird aber der Zoll voll vom inländischen Konsumenten getragen, so kann es dem ausländischen Getreideexporteur gleich sein, wie hoch die deutschen Getreidezölle sind, vorausgesetzt, daß der gleiche Zoll für die Getreideinfuhr aus allen Ländern gilt, und das wird eben durch die Meistbegünstigung gesichert.

Freilich kommt dabei noch in Betracht, wie die Einschränkung des Getreidekonsums durch die Schutzzölle auf den Weltmarktpreis wirkt, ob nicht der Getreidepreis in London um so niedriger fällt, je höher die europäischen Schutzzölle steigen, — allein bis zu einem gewissen Grade mag man sich im Auslande wohl sagen: „Wenn die Deutschen ihr Brot teurer bezahlen wollen, so ist es ihre Sache, — entbehren können sie unsere Getreidezufuhr doch nicht“. Aber wenn auch das Ausland sich mehr oder weniger mit den deutschen Schutzzöllen veröhnen ließe, so ist doch mit Sicherheit anzunehmen, daß es in der Erhöhung der deutschen Zölle einen Ansporn erblicken werde, seinerseits die Schutzzölle empor zu treiben. Je mehr die fremden Regierungen die fiskalischen Gründe der deutschen Zolltarifvorlage zu würdigen verstehen, desto mehr werden sie sich diese deutsche Politik zum Muster nehmen. Und das paßt wiederum der deutschen Industrie nicht, die auf die Ausfuhr angewiesen ist.

Will man Schutzzölle, so muß man sich Schutzzölle gefallen lassen; will man Zollherabsetzungen, so muß man selbst damit den Anfang machen.

Nach dem allgemeinen Eindruck in der Öffentlichkeit ist der handelspolitische Effekt der Amerikareise des Prinzen Heinrich gleich Null. Nunmehr versucht Graf Bülow seine persönliche Ueberredungskunst an der italienischen Regierung. Nun ist aber gerade Italien, dessen Hauptausfuhrartikel nach Deutschland Rohstoffe ist, am wenigsten an der deutschen Zolltarifvorlage interessiert. Hier werden der Erneuerung des Handelsvertrages wohl keine besonderen Schwierigkeiten entgegenstehen.

Der an dem deutschen Zolltarif am meisten interessierte Staat ist Oesterreich. Werden auch Rußland und die Vereinigten Staaten stärker durch die landwirtschaftlichen Zölle getroffen, während die Kosten der Industriezölle hauptsächlich England zu tragen hat, so wird doch Oesterreich-Ungarn zugleich in seiner landwirtschaftlichen Ausfuhr (besonders Gerste) wie in seinem äußerst mannigfaltigen industriellen Handelsverkehr mit Deutschland getroffen. Darum gab auch 1892 Oesterreich die Entscheidung über die deutschen Handelsverträge.

Die politische Gärung in Rußland nimmt immer größere Dimensionen und immer schärfere Formen an. Trotz der Schließung der Universitäten, der Verhaftungen, Verbannungen, tritt ein Jahrgang der studierenden Jugend nach dem anderen unverzagt in den mutigen Kampf um seine und des Landes bürgerliche Freiheiten. Die Bourgeoisie selbst ist zu feige, um in den Kampf zu treten, aber sie kann es nicht verhindern, daß ihre Söhne und Töchter, von jugendlicher Begeisterung hingerissen, ihre Existenz und ihr Leben für die freiheitliche Entwicklung ihres Heimatlandes in die Schanze schlagen. Die Bourgeoisie läßt es gewiß nicht an väterlichen Ermahnungen ihrer Nachkommenschaft fehlen, aber je mehr sie es thut, desto mehr entfremdet sie sich die junge Generation. Der politische Zwiespalt, beginnend in der Familie, revolutioniert den Geist der Jugend, die dann von der Kritik der Einzelnen zur Kritik der Klasse übergeht; schließlich mit der Bourgeoisie bricht, weil diese

ihr kein leuchtendes Ideal, kein großes geschichtliches Ziel mehr vorzuzeigen weiß. Die russische Bourgeoisie, die zuletzt auf der geschichtlichen Schaubühne erscheint, besitzt keine Illusionen mehr und erweckt keine Begeisterung — darum liefert sie ihre eigene Jugend dem Sozialismus aus. Die Regierung scheint es aber extra darauf abgesehen zu haben, die Cadres der aktiven Revolutionäre zu mehren; denn durch die Unterbrechung des akademischen Unterrichts, durch die lange Gefängnishaft, durch die Verbannung und die mit all dem verbundene Zerstörung der wirtschaftlichen Laufbahn scharft sie erst recht das politische Denken der Intelligenz und macht sie zu wissenschaftlich durchgebildeten Revolutionären und Sozialisten. Die Unterdrückung der Bewegung der Intelligenz fördert die Bewegung des Proletariats. Beide haben denn auch längst ihre Solidarität erkannt und kämpfen zielbewußt den gemeinsamen Kampf gegen den russischen Absolutismus.

Mit einer unheimlichen Konsequenz wird die diesmalige russische Hungersnot totgeschwiegen. Doch eins läßt sich nicht verbergen: das Loch, welches jene elenden Zustände in die Staatsfinanzen reißen. Um Geld zu bekommen, verpfändet jetzt der Zar die chinesische Kontribution. Aber woher sollen die Chinesen Geld kriegen? Hat doch erst kürzlich Rußland selbst für China bürgen müssen. Und jetzt soll China für Rußland bürgen! Warum nicht die Türkei?!

Sollen wir uns noch nach Oesterreich umsehen? Wir halten es diesmal mit dem Dichter: „Schau — und geh' vorüber!“

## Politische Uebersicht.

### Pojadowskys Oesterreise.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus München geschrieben: „Der Besuch des Staatssekretärs Pojadowsky, der u. a. auch der Zolltarifvorlage gilt, wird hier nicht als Vorläufer eines Entgegenkommens in der Zollerhöhung der Zolltarifkommission des Reichstages aufgefaßt. Man hält ein Eingehen auf weitere Zollerhöhungen für ausgeschlossen. Die Frage eines Zurückziehens der Vorlage und eines Appells an die Wähler usw. wäre noch verfrüht. Pojadowsky wird sich mit den Regierungen der Südstaaten wohl über die durch die Erhöhungen der Kommission beschlossene Lage besprechen. Heute hatte der Ministerpräsident eine Audienz beim Regenten, die auf den Besuch Pojadowskys Bezug gehabt hat.“

Gäht die Regierung an ihrer Meinung fest und will sie auf weitere Zollerhöhungen auf keinen Fall eingehen, so werden die Ueber-Agrarier sich wohl oder übel auf die Regierungsvorlage zurückziehen müssen. Daß sie es thun, ist so sicher wie zweimal zwei vier ist.

### Ein Denunziantenstreich der Mittelstandsretter.

Vom „Schutzverband für Handel und Gewerbe in Mitteldeutschland“ war bei der Kreishauptmannschaft in Leipzig die Auflösung mehrerer Konsumvereine beantragt worden, weil diese im Widerspruch mit dem Genossenschaftsgesetz politische Zwecke verfolgten. Die Kreishauptmannschaft hat daraufhin folgende Entschliessung gefaßt: „Es ist erwiesen, daß in hiesigen Konsumvereinsverkaufsstellen eine gegen den Zolltarif gerichtete Petition zur Unterzeichnung ausgelegt hat, und daß Plakate des „Agitationskomitees der sozialdemokratischen Partei“ ausgehängt gewesen sind, die zur Unterzeichnung aufforderten; es ist ferner erwiesen, daß in den Geschäftsstellen durch Anschläge der sozialdemokratischen Parteileitung zum Kauf von Eintrittskarten für ein Arbeiter-Sängerfest angeregt worden ist, und daß von zwei Konsumvereinen mehrere Vereine mit ausgesprochen sozialdemokratischer Tendenz durch Geldbeiträge unterstützt worden sind. Gleichwohl sieht die Kreishauptmannschaft zur Zeit von der ihr gesetzlich zustehenden Maßregel der Auflösung der Konsumvereine ab, da die Vorstände sich über den Umfang ihrer Verantwortlichkeit nicht völlig im Klaren befinden zu haben scheinen und die plötzliche Auflösung wirtschaftlich zu einschneidend gewesen sein würde. Doch wird die Auflösung für den Fall angekündigt, daß die Konsumvereine sich nicht auf die Verfolgung rein geschäftlicher Zwecke beschränken.“

Der Fehler in dem Bescheide der Kreishauptmannschaft liegt darin, daß das Auslegen der Petition und der Verkauf von Eintrittskarten für das Sängersfest nicht von den Vereinen, sondern von den Lagerhaltern vorgenommen wurde, auch einer Lebensmittelaufgenossenschaft eine Petition gegen Brotverteuerung kaum als politisch, sondern als geschäftliche Maßnahme anzurechnen ist.

Da die angezeigten Konsumvereine, welche einige Vereine, auch politische, finanziell unterstützt haben sollen, auch an Wohltätigkeitsvereine weit größere Summen opferten, so charakterisiert sich das Vorgehen der Denunzianten dadurch als besonders gehässig. Würde die Kreishauptmannschaft übrigens ebenso energig eingeschritten sein, wenn die vom Konsumverein unterstützten „politischen Vereine“ konservativ und nicht gerade sozialdemokratisch gewesen wären? —

### Der 17. Kongreß der belgischen Arbeiterpartei

wurde am Ostermontag im „Maison du Peuple“ zu Brüssel eröffnet. Vertreten waren 478 Gruppen durch beinahe 700 Delegierte. Nach lebhafter Diskussion wurde beschloffen, daß die Debatten über das allgemeine gleiche Wahlrecht öffentlich geführt werden sollen; dagegen soll über die Taktik in geschlossener Sitzung verhandelt werden. Der Kongreß nahm eine Kundgebung gegen den Jarrismus an, entsandte Grüße an die ungarischen, holländischen und englischen Parteigenossen, die zur Zeit ebenfalls ihre Kongresse abhalten. Unter großem Beifall wurde dem Vorschlag Vanderveldes zugestimmt, an die deutschen Genossen zur Enthüllung des Liebknecht-Denkmal ein Begrüßungs-Telegramm zu entsenden. Neben der Büste Jean Solders, die auf der Estrade aufgestellt war, wurde nunmehr die Büste Liebknechts plazierte.

Es wird in die Diskussion über das allgemeine Wahlrecht in Verbindung mit dem Proportionalwahlssystem eingetreten. Vandervelde betont, daß die Forderung für die Einführung des Frauenwahlrechts nur aufgehoben, nicht abgelehnt sei. Die Bedenken gegen die sofortige Einführung des Wahlrechts für die Frauen seien bis in die Reihen der Sozialdemokraten so stark, daß man vorläufig von dieser Forderung Abstand nehmen müsse. Man dürfe sich nicht eines großen Teiles der Parteigenossen nicht verlegen, dem Wahlrecht der Frauen dürfe das Wahlrecht der Männer nicht geopfert werden. Destrée meint, die Partei sei den Liberalen zu weit entgegengekommen; diese hätten bei solchen Vereinbarungen immer die Partei verraten. Den Liberalen zu liebe habe man die revolutionäre Taktik abgeschworen. Nach langer Debatte, in welcher sich auch die Genossin Gatti de Camond im Namen der sozialistischen Frauen Belgiens für die Resolution ausgesprochen hatte, gelangte die Resolution des Generalrats zur Annahme. In derselben wird die Einführung des allgemeinen, gleichen und einfachen Wahlrechts durch Verfassungsänderung verlangt. In der Konstituante (vereinigte Deputiertenkammer und Senat, der allein die Verfertigung zusteht, Verfassungsänderungen vorzunehmen), haben die Deputierten der Arbeiterpartei für die Aufnahme der Proportionalvertretung in die Verfassung zu stimmen, sofern dies zur Erreichung des gleichen Wahlrechts erforderlich ist. Mit dem Frauenwahlrecht habe sich die Konstituante nicht zu befassen.

Es folgt hierauf die geheime Sitzung, in welcher über die Taktik der Partei in dem kommenden Kampfe um die Verfassungsrevision, d. h. um die Erringung des allgemeinen einfachen Wahlrechts verhandelt wurde; Beschlüsse dieser Sitzung sind noch nicht veröffentlicht worden. Nachdem die Öffentlichkeit wieder hergestellt ist, wird über die Reorganisation des Generalrats verhandelt. Es wird beschloffen, daß die Provinzialföderationen für je 5000 zahlende Mitglieder einen Delegierten zu entsenden haben; für über 5000 bis 10 000 ist ein zweiter, für über 10 000 ein dritter Delegierter zu entsenden. —

## Deutschland.

Berlin, 2. April. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „In der Reichstags-Sitzung vom 4. März d. J. hat der Abgeordnete Dr. Herzfeld Haupt, der kaiserliche Konsul Breinholt in Esbjerg (Dänemark) habe deutsche Geizer zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt und, als sie aus der Haft entlassen wurden, ihnen ihre Sachen und Papiere verweigert. Nach den amtlichen Ermittlungen hat sich diese Beschwerde als unbegründet erwiesen. Im Januar d. J. ist in Esbjerg ein deutscher Geizer wegen Arbeitsverweigerung nicht von dem Konsul Breinholt, sondern von dem zuständigen dänischen Seegericht bestraft worden. Der Konsul hat dem Verurteilten nach Verbüßung der Haft dessen Sachen und Papiere sofort herausgegeben, sobald die dazu erforderliche Einwilligung des beteiligten Schiffsführers beschafft war.“ — Wir werden abzuwarten haben, wie sich Genosse Herzfeld zu dieser Verächtigung stellen wird. —

In Bundesratskreisen glaubt man nach der „Nat.-Lib. Korr.“, daß bei den Besprechungen, welche Graf Pojadowsky im Auftrage des Reichszanklers mit den leitenden Ministern der größeren Einzelstaaten führt, auch die Stellung der letzteren zu dem Toleranzantrage des Centrums und zu dem Beschlusse des Reichstages wegen

Wiederholung des § 2 des Jesuitengegesetzes eine gewisse Rolle spielen dürfte.

Von zuverlässiger Seite, d. h. von Mitgliedern des Reichsgesundheitsrates selbst, wird der „Nationalzeitung“ mitgeteilt, daß ihnen die Angelegenheit des Vorsäureverbotes niemals zur Begutachtung vorgelegt worden ist, daß sie von dem Verbot selbst erst durch die Tagespresse Kenntnis erhalten haben, und daß sie sich, falls man sie befragt hätte, mit aller Entschiedenheit gegen die beschlossene Maßregel ausgesprochen haben würden.

Die sichere Ablehnung des Tarifs stellt Herr Dertel in der „Deutsch. Tagesztg.“ in Aussicht, wenn dieser nicht den Wünschen der Landwirtschaft genüge. In welchen konkreteren Zahlen sich die Wünsche der Landwirtschaft in Dertelscher Interpretation ausdrücken, wird nicht verraten, wohl, weil es als bekannt vorausgesetzt wird.

Weisheit ohne Ende läßt der Telegraph in Italien von den Lippen des ferienreisenden Grafen Bülow strömen. Jetzt hat ein italienischer Journalist den deutschen Reichskanzler interviewt und das Wolffsche Bureau verbreitet hastig die gewaltigen Offenbarungen, die der beispiellose Staatsmann dem glücklichen Zeitungsschreiber anvertraut hat.

Liebers Verdienst um den Militarismus. Der Reichskanzler hat — wie wir der „Germania“ entnehmen — an die Witwe des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Lieber folgendes Beileidstelegramm geschickt:

Die „Germania“ ist allerdings so schamig, die von uns gesperrten Worte nicht gleich den vorhergehenden Sätzen durch Sperdruck hervorzuheben. Vermutlich, weil sie denn doch fühlt, wie wenig ein solches Lob gerade einem historischen Repräsentanten der Centrumspartei zur Ehre gereicht.

Von der Trebergesellschaft. In dem Prüfungstermin des Konkurses der „Alliengeseilschaft für Trebertrachtung“ wurden von den ursprünglich 75 Millionen betragenden Forderungen der „Leipziger Bank“ 56 Millionen anerkannt.

Der Undank der Arbeiter. Infolge der Meldung von bürgerlichen Blättern brachten wir die Notiz, daß der Professor Abbe in Jena, der bekannte Gründer und Leiter der A. L. E. Stiftung, sich von der Leitung dieses Unternehmens zurückgezogen habe.

Eine Nichtbegnadigung. Der Kaufmann Mariin Sagner in Thorn war im vorigen Jahre vom dortigen Schöffengericht infolge eines Mencontres, das er mit Offizieren im Theater gehabt hatte, wegen Beleidigung des Offiziersstandes im allgemeinen und dreier Lieutenants als direkt Beleidiger zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Einmalig in eine Geldstrafe umgewandelt wurde. Das Gericht hat keinen Erfolg gehabt; Sagner ist jetzt abschlägig beschieden worden und muß die Gefängnisstrafe, da das Urteil längst Rechtskraft hat, antreten.

Der holländische Ministerpräsident Dr. Kuiper stattete gestern dem Staatssekretär J. v. Nieuwenhofen einen Besuch ab und war auch im Kultusministerium. Der allwissende Berliner „Lokalanzeiger“ weiß über die Unterredung folgendes zu melden: „Kuiper gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß das holländische Vermittlungsangebot von den Engländern abgelehnt wurde, ist aber der Meinung, daß das Friedensbedürfnis auf englischer Seite ungemein stark ist und daß der Krieg bald ein Ende finden müsse.“

Hamburg, 2. April. Hier selbst erscheint eine Zeitschrift „Die Republik“, deren Redakteur der Schriftsetzer Neumann ist. In der im Dezember vor. Jahres erschienenen Nummer 6 dieser Zeitschrift befand sich von der Hand des 21-jährigen Handlungsgehilfen Peter Jon ein Artikel: „Der Sozialismus ist die Freiheit.“

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Der Buchdruckereibesitzer Arthur Johann Bäumer von Barmbeck hatte sich vor der ersten Strafkammer des Oberlandesgerichts wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten.

### Oesterreich.

Niederösterreichischer Parteitag. Die Parteigenossen Niederösterreichs hielten während der Osterfeiertage einen Landesparteitag in Wien ab, dessen vornehmste Aufgabe die Stellungnahme zu den Landtagswahlen war.

Die Christlichsozialen haben in verborbener Feigheit jede demokratische Reform des Landtagswahlrechts hintertreiben, sie haben die Schule zu einer Domäne der Pfaffen herabgewürdigt, in der Bezeugung von Stellen die verächtlichste und die öffentliche Moral verderbende Protektionswirtschaft getrieben und Lüge, Verleumdung und Beschimpfung zum vornehmsten politischen Kampfmittel gemacht.

Der Landesparteitag empfiehlt daher den Genossen des ganzen Landes das energische Eintreten in den Wahlkampf, den die Partei vollkommen frei und unabhängig führen wird. In allen Landtagswahlkreisen, in denen Aussicht auf eine größere Stimmenzahl vorhanden ist, sind daher Kandidaten anzustellen.

Die Genossen jener vornehmlich ländlichen Wahlkreise, in denen eine sozialdemokratische Kandidatur die beste Vorbedingung für die Entwicklung unseres ganzen Volkslebens ist, sind ebenfalls aufgefordert, energisch mitzutreten.

Bei eventuellen engeren Wahlen zwischen bürgerlicher Kandidaten stimmen unsere Parteigenossen, getreu den oben ausgesprochenen Leitfäden, immer für den Gegner der Christlichsozialen.

Die Parteigenossen des ganzen Landes haben sofort alle notwendigen Organisationsarbeiten zu besorgen, um ein schlagkräftiges Eingreifen der Partei in den Wahlkampf zu ermöglichen.

### Polizeibehörden und Kleriker.

Das „Pravo Idu“ meldet, das Präsidium der böhmischen Statthalterei habe einen Geheimverlaß, datiert 23. November, Zahl 18 077, an alle Bezirkshauptmannschaften sowie an die Prager Polizeidirektion herausgegeben.

### Ungarn.

Der Sozialisten-Kongress beendete am Mittwoch in Budapest nach dreitägiger Dauer seine Beratungen. Der Kongress beschloß die Reform des Parteiprogramms, eine energischere Agitation für das Wahlrecht und die Veranstaltung von Demonstrations-Spaziergängen zu diesem Zwecke.

### Frankreich.

Minister Hanotaux von einer Dame überfallen. Aus Paris wird vom 2. April gemeldet, daß der frühere Minister des Auswärtigen, Hanotaux, welcher in einem in Drau stattfindenden geographischen Kongresse den Vorsitz führte, von einer jungen Dame im Kongresssaal überfallen und insultiert wurde.

### Italien.

Ein katholischer Bischof in Sibirien interniert. Dem Vatikan sind — wie der „Giornale d'Italia“ mitteilt — offizielle Nachrichten eines Konfliktes zwischen dem katholischen Bischof von Wilna und dem Gouverneur dieser Stadt zugekommen.

### Dänemark.

Das Staatsbudget ist infolge von 9 Aenderungen, die das Landsting vorgenommen hat, die aber vom Folkething nicht acceptiert wurden, nicht zur Annahme gelangt.

### Rußland.

Die Arbeiterausstände auf den Fabriken nehmen immer größere Dimensionen an. Auf der Dantowschen Baumwollenmanufaktur fanden Kämpfe zwischen 3000 Streikenden und 5000 Arbeitswilligen statt, zu deren Schlichtung 4 Sotnizen Kosaken abkommandiert wurden.



Öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter am 2. April im „Eisenpark“.

Das rigorose Vorgehen der Unternehmer im Baugewerbe, den mit den Arbeitnehmern gemeinsam geschlossenen Lohn- und Arbeitsvertrag zu brechen und den Arbeitern einen reduzierten Lohn aufzuzwingen, hatte am Mittwochabend die gesamte Arbeiterschaft im Baugewerbe auf die Beine gebracht, um in imposanter Versammlung über Mittel und Wege zu beraten, um diesen Angriff des Unternehmertums auf verbrieft Rechte der Arbeiter abzuwehren.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zunächst auf Anregung der General-Kommission für Bauarbeiter in Hamburg nach kurzer Begründung durch den Kollegen Bartels eine Resolution einstimmig angenommen, welche den preussischen Senat aufzufordern, auf die Regierung einzuwirken, daß in Sachen des Bauarbeiterkampfes endlich etwas wirklich Wertvolles geschaffen wird.

Das einleitende Referat zu dem eigentlichen Beratungspunkt der Versammlung hielt Kollege Schulz so: Die wirtschaftliche Krise, in der wir uns gegenwärtig befinden, sei unzweifelhaft die Ursache gewesen, daß das Unternehmertum die Siebener-Kommission, die von den Arbeitnehmern gewählte Vertretung zur Wahrung ihrer Interessen, die einzig und allein berechtigt sei, mit den Unternehmern bindende Verträge über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schließen, beiseite schiebe und einseitig einen reduzierten Tarif aufstelle.

Wenn das Unternehmertum jetzt an dem Bestehen der Organisation, die das Unternehmertum als ein Mittel zum Zweck, die Veranlassung dazu. Doch nicht alle Unternehmer im Baugewerbe sind den Magdeburgern gleich zu stellen. Viele von ihnen, die in früheren Jahren die größten Schürfmacher waren, sind zur Einsicht gekommen und halten die Schaffung von korporativen Arbeitsverträgen für eine Notwendigkeit, um gesellschaftliche Verhältnisse im Baugewerbe zu schaffen und zu erhalten.

Die versammelten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter sind der Ueberzeugung, daß feste Arbeitsverträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur dann vorteilhaft wirken können, wenn sie unter beiderseitiger Anerkennung der Organisation zustande kommen.

Aber auch er beklagt aufs tiefste so viel und so rasch aufeinander folgendes Unglück, und mehr und mehr bewußt er den untröstlichen und wütigen Völkerrath, das als Opfer des Nationalstolzes und der Völkereitelkeit geflossene Blut.

Wie er es vor einigen Tagen seinem Schwiegervater bei ihrer ersten Zusammenkunft erzählt hat, darzubringen manchmal wirklich revolutionäre Leidenschaften sein Inneres. Dann möchte er sich mitten auf die Straße hinstellen und der blinden und sinnlosen Masse, welche jenseitig dahinflutet, um die Standbilder der Großen zu bekriegen, laut Einsicht gebieten.

Fritz von Adlershof erträumt ein neues Deutschland, die Fortsetzung des Deutschlands von Kant an Stelle desjenigen von Bismarck, ein Deutschland der Decker und nicht der Bedanten, ein Deutschland, welches die Welt nach einem streitbaren Reiche der Gerechtigkeit, der Liebe, des Glaubens an die Wahrheit hinleiten würde.

„Sie beschließen die Versammelten, den Herrn Oberbürgermeister Schneider, unter dessen Mitwirkung im Jahre 1898 die Verlegung des Böhmlerplatzes erfolgte, die Mitteilung zugehen zu lassen, daß die Arbeitgeber eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beabsichtigen und denselben zu ersuchen, seinen Einfluß zur Abwehr einer Lohnkürzung geltend zu machen.“

Sie beauftragen deshalb die Siebener-Kommission, dem Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes mitzuteilen, daß die Versammelten dem einseitig aufgestellten Tarif die Anerkennung versagen, aber bereit sind, zur Festlegung des bisherigen Tarifes in Verhandlungen zu treten.

Weiter beschließen die Versammelten, den Herrn Oberbürgermeister Schneider, unter dessen Mitwirkung im Jahre 1898 die Verlegung des Böhmlerplatzes erfolgte, die Mitteilung zugehen zu lassen, daß die Arbeitgeber eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beabsichtigen und denselben zu ersuchen, seinen Einfluß zur Abwehr einer Lohnkürzung geltend zu machen.

Endlich beschließen die Versammelten: für den Fall, daß die Arbeitgeber die Siebener-Kommission weiter ignorieren, die einzelnen Organisationsleitungen berechtigt sind, eventuell unter Anrufung des Oberbürgermeisters weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die beabsichtigte Lohnkürzung abzuwehren.

Hierauf giebt Kollege Schoch bekannt, daß bis jetzt von 42 Häusern und acht Straßen Verträge eingelaufen seien. Nach demselben werde nur auf Bau Joh. Fr. Meyer (Zustitzbau) und auf der Straße Gänztin zu den neuen Bedingungen gearbeitet.

Zu der Diskussion wird vielfach die Laune der Kollegen in der Zeit der Ruhe gestolzt, wären sie zu allen Zeiten so stark angezogen wie in dieser Versammlung und hätten sie stets auf strengste Innehaltung des Tarifes ein wachsames Auge gehabt, so würde das Unternehmertum einen solchen Angriff nicht gewagt haben.

Kollege Esfing in Hamburg weist jedoch in längerer Ausführungen die Vorwürfe zurück. Es seien vielleicht nur Zuhörer, die das Unternehmertum herausgesteckt habe. Jetzt, da das Unternehmertum sehr, daß die Arbeiter zu Tausenden herbeigekräftet seien, um gegen den jähenden Vertrauensbruch zu protestieren, komme es vielleicht zur Einsicht.

Kollege Behrens-Hamburg empfiehlt ebenfalls die Annahme der Resolution. Erst wenn alle Mittel friedlicher Verständigung ausgeschlagen, solle man zum äußersten schreiten, dann aber auch mit ganzer Macht auf den Kampfplatz treten.

Kollege Schoch geisterte in drastischer Weise die Laune der Kollegen in letzter Zeit und tritt ebenfalls für die vorgeschlagene Resolution ein. Das ist nicht ein Zeichen der Feigheit, sondern im Gegenteil ein Beweis taktischer Klugheit.

Die Resolution wird bei der Abstimmung mit überwältigender Majorität angenommen; nur ein kleiner Bruchteil stimmt dagegen.

Vom Koll. Schoch wurde dann noch bekannt gegeben, daß von jedem Bau oder Straße am Sonnabend, den 5. April, der Siebener-Kommission Bericht zu erstatten sei, damit dieselbe Material zu event. Verhandlungen mit den Vertretern der Unternehmer in Händen habe.

Nachdem sich zum Gaudium der Versammlung ein Arbeitswilliger vom Bau Appel, der auf der bewußten Photographie leider fehlt, von der Bühne aus, wenn auch vielleicht ohne Absicht, den Versammelten vorgestellt, wurde nach einigen anspruchsvollen Worten des Kollegen Schoch und nach einem draufenden Hoch auf die Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter die imposante Versammlung geschlossen.

Weg, den die Franzosen begonnen, weiter zu ebnen, ungeachtet der Sündenröthe, durch Gestriep und Zersetzung hindurch? Das hieße, den ersten Ruhm von Frankreich abwenden, da wäre ein edler Krieg zu führen, und um wie viel größer und schöner würde Deutschland, das geliebte Deutschland, dastehen?

Fritz ist ganz von diesen Gedanken eingenommen. Lange schon haben sie in seiner Seele gefeimt, langsam sind sie gewachsen, und er beschließt unwillkürlich, sofort nach seiner Rückkehr nach Metz sein Abschiedsgedächtnis einzureichen. Die militärische Laufbahn war einst sein Stolz, jetzt erscheint sie ihm über die Wägen niederdrückend.

Ein Ruf seiner Frau schreckt ihn aus seinem Nachdenken auf: „Sieh schnell... Sieh!“

Sie steht mitten im Zimmer und zeigt mit dem Finger auf die staubige Landstrasse. In einer Entfernung von kaum dreihundert Metern hält das leichte Gefährt ihres Bruders im Schatten eines Baumes. Leo ist ausgefriegen, er steht neben dem Pferde, stützt sich mit einer Hand auf die Deichsel und blickt von weitem dem nach dem Vaterhause.

„Er weint!...“

Lutze vermag nicht, an sich zu halten, sie neigt sich weiß zum Fenster hinaus und winkt mit ihrem Umhang, doch wie Leo an diesem Zeichen merkt, daß man auf ihn blicke, befreit er wieder den Wagen und fährt weiter, ohne sich umzusehen.

„Es ist aus,“ ruft Lutze schmerz erfüllt, „jetzt ist es endgültig aus!“

Sie bemüht sich, ihren Thränen zu gebieten, doch um-

— **Was angestrebten Ergebnisse** zu kämpfen, in diesem Jahre diejenigen Buchhandlungen zu kämpfen, die sich mit dem Verkauf von Schulbüchern, besonders für die Bürger- und Volksschulen, zu befassen haben.

— **Im Verein für öffentliche Gesundheitspflege** wird — am nächsten Freitag, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, im Stadtmittelsaal (oberer Saal) Prof. Dr. Brajad aus Nijchersleben einen von Experimenten begleiteten, gemeinverständlichen Vortrag über: „Das Mergengas, System van Vriesland“ halten.

— **Ihren Wunden erlegen.** Die Ehefrau des Arbeiters Hinkelbein, die von ihrem Mann am Dienstag nachmittag durch vier Revolvergeschosse schwer verletzt wurde, ist am Mittwoch abend in der alskädtischen Krankenanstalt gestorben.

— **Schon wieder ein Selbstmord.** In der letzten Zeit mehren sich die Selbstmorde in unheimlicher Weise. Am Mittwoch morgen sprang der Unteroffizier Heinrich von der 1. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 68 in den in der Nähe des Schroteplatzes befindlichen Steinbruch und ertrank, bevor Hilfe zur Stelle war.

— **Meinfeuer.** Am Donnerstag morgen mußte ein Kommando der Feuerwehr nach dem alten Ballgraben in der Nötterstraße, um dort liegendes Bettstroh, welches in Brand geraten war, abzulöschen.

— **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters** wird uns geschrieben: Morgen, Freitag, wird in dieser Saison zum letzten Male unsere beliebte Repertoire-Oper „Mignon“ aufgeführt. Der nächsten Aufführung unserer Lustspielrevue „Fee Caprice“ am Sonnabend wird die einaktige Opernrevue „Kellner“ vorausgehen.

— **Balthasar-Theater.** Obwohl die Saison ihrem Ende entgegengeht, hat die Direktion Krufe alle Hebel in Bewegung gesetzt (sogar den Telegraphen), um ein außerordentliches Repertoire zusammenzustellen.

er sie eintreten sieht, erhebt er flüchtig den Blick, doch sofort thut er, als läge er schnell weiter. Er fühlt, daß ein zärtliches Wort nur bei Lutze einen Weinkampf hervorzurufen könnte, und er will derjenigen, welche er noch heute so innig wie am ersten Tage ihrer Vereinigung liebt, allen Kummer, jedes Aufwühlen ihrer schmerzlichen Gefühle ersparen.

Aber auch er beklagt aufs tiefste so viel und so rasch aufeinander folgendes Unglück, und mehr und mehr bewußt er den untröstlichen und wütigen Völkerrath, das als Opfer des Nationalstolzes und der Völkereitelkeit geflossene Blut.

Fritz von Adlershof erträumt ein neues Deutschland, die Fortsetzung des Deutschlands von Kant an Stelle desjenigen von Bismarck, ein Deutschland der Decker und nicht der Bedanten, ein Deutschland, welches die Welt nach einem streitbaren Reiche der Gerechtigkeit, der Liebe, des Glaubens an die Wahrheit hinleiten würde.

sonst, laut ausschlagend muß sie ihrer Verzweiflung Ausdruck geben.

Wie jedes Mal, wenn ein zu schweres Leid sie niederbeugt, so sucht auch heute ihr Auge den Blick des Mannes, in welchen sie all ihr Vertrauen gesetzt, dem sie ihre ganze Seele erschlossen hat.

„Sieh nicht mehr nach der Straße, liebes Weib, blick in Dein Haus.“

Sie gehorcht und beugt sich noch einmal aus dem Fenster. Unten im Garten spielen Franz und Laura mit dem Spielzeug, das ihnen der Großvater noch kürzlich geschenkt hat.

Jetzt ist Fritz sicher, daß sein Heilmittel helfen wird, er breitet die Arme aus und spricht leise:

„Kommi!“

Und sie läßt sich umfassen, sie schmiegelt sich an den Gatten, als könne ihn ein unsichtbarer Feind von ihr reißen, und fragt:

„Wozu der Krieg? Ist es nicht besser, sich zu lieben?“

Auf den weiten Landstrassen schlendern die Bauern dahin und betrachten die legernderen Weidenfelder. Die Greise bemühen sich, in ihren Erinnerungen herum zu suchen, um die reifende Ernte mit den reichsten Erträgen fern zurückliegender Zeiten zu vergleichen.

Jahre sind dahingegangen! . . . Hoffnungen sind erloschen . . . andere erstanden . . .

Das gewaltige, von unruiger Hingabe entflammte Danklied der schaffenden Arbeiter schwillt mächtig an und erhebt sich immer voller.

Aber über das Elb, über Lothringen hin wogt der Lobgesang nicht Frankreich zu. Er steigt zur Sonne empor, zur Segen und Fruchtbarkeit spendenden Sonne . . .

.. Ist dies das Vergessen? ..

Schbst 1900







